Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 12

Artikel: Die Parteien und das Einflusspotential des Bürgers in der Politik
Autor: Gruner, Erich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162391

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Parteien und das Einflusspotential des Bürgers in der Politik

ERICH GRUNER

Es gibt viele Erscheinungen im Leben der heutigen Parteien, die man als bezeichnend für ihre heutige Krisenlage empfinden kann. Man denke an die sinkende Wahl- und Stimmbeteiligung, an das Verschwinden von parteiverbundenen Tageszeitungen, an die Überflügelung durch die Verbände und anderes mehr. Ich möchte aber nicht von diesen Aspekten ausgehen, sondern von der Grundsituation, die heute für beide, für Parteien und Interessenorganisationen, typisch ist, von der Proportionalisierung und Kanalisierung des politischen Lebens.

Rationalisierung und Entpolitisierung

Beides ist das Resultat einer langen geschichtlichen Entwicklung, in der man Schritt um Schritt – und das heisst mühsam – gelernt hat, dass man die Konflikte anstatt auf der Strasse am grünen Tisch ebenso gut lösen kann. Dieses geschichtliche Ergebnis ist nicht nur der Einsicht und dem guten Willen einzelner zu verdanken. Es ist die Begleiterscheinung eines viel tiefer verlaufenden Prozesses, eine Folge der gewaltigen Wandlungen, die zunächst mit dem Zweiten Weltkrieg und hernach mit der zweiten industriellen Revolution einhergehen. Es ist nicht nötig, sie im einzelnen zu beschreiben. Schon einige zufällig herausgegriffene Buchtitel («L'homme situé», der «verwaltete Mensch», «Der Mensch, Herr und Opfer der Organisation», «Die Denkmaschinen» usw.) illustrieren das Phänomen, dass der Mensch sich von riesenhaften Apparaten in Wirtschaft, Staat und Armee verwaltet sieht. Unter diesem Aspekt betrachtet, wird die politische Konfliktlosigkeit von vielen Zeitgenossen nicht ausschliesslich als Positivum erlebt, sondern im Sinne einer bedauernswerten Entpolitisierung. Wir müssen tatenlos zusehen, wie die fortschreitende Rationalisierung unseres Lebens der Technokratie den Weg ebnet. Sie aber ist es, die laufend politische Fragen in administrative Angelegenheiten umwandelt und uns veranlassen möchte, die Fragen des öffentlichen Lebens statt mit politischen mit sozialtechnischen Mitteln zu lösen. Was uns, vom politischen Prozess her gesehen, als Entpolitisierung erscheint, empfindet der einzelne Mensch als Einflusslosigkeit. Wer sich seines politischen Einflusses beraubt glaubt, weicht verständlicherweise der

Politik aus und neigt dazu, den Parteien sein Vertrauen zu entziehen. Dass der Durchschnittsbürger heute wähnt, die Kanäle des politischen Lebens, die ihm bislang erlaubt hätten, seinen Einfluss zuständigen Ortes geltend zu machen, seien verstopft, ist nur zu verständlich. Alle Meinungsumfragen der jüngsten Zeit bestätigen diese Empfindung. Befragte aller sozialen Schichten und Bildungsgruppen erklären, die Öffentlichkeit erscheine als eine Sphäre, die ihrer individuellen Erfahrung entrückt sei, soweit wenigstens dabei nicht ihre ureigensten Interessen tangiert werden.

Dass der Bürger vom Gefühl der Einflusslosigkeit gelähmt wird, muss nun aber gerade den Parteien grossen Kummer bereiten. Denn Parteien lassen sich definieren als Gruppen, die ihren Anhängern die Möglichkeit verschaffen, auf die Willensbildung Einfluss zu nehmen. Wenn sie diese ihre eigentliche Aufgabe nicht mehr erfüllen können, dann, so schliesst man, haben sie offensichtlich keine Daseinsberechtigung mehr.

Die persönliche Einflussnahme in der Politik

Doch was heisst Einflussnahme? Geht man vom einzelnen Menschen aus, so wird man Einfluss definieren können als Glauben an die Möglichkeit, etwas zu ändern oder zu verhindern. Von dieser Überzeugung ist logischerweise der Einsatz abhängig, den der politisch tätige Mensch wagt. Wir bekümmern uns im folgenden weniger um die verschiedenen Einflussgrade, um die Hierarchie der Macht, um die Führungsfrage als um die Einflussmöglichkeit des Durchschnittsbürgers. Der Gesichtspunkt der Einflussnahme scheint mir geeignet, einige der für die Wirksamkeit der Parteien bezeichnende historische Wandlungen aufzuzeigen. Dabei kann natürlicherweise nicht ihr gesamter Tätigkeitsbereich zur Illustration herangezogen werden, sondern nur einzelne Sektoren. Zur Vereinfachung gehe ich von zwei Modellen aus. Modell I symbolisiert die Stellung des einzelnen im Ganzen der Partei zur Zeit ihrer Entstehung und ihrer ersten Blütezeit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Man kann sich nach diesem Modell die Rolle der Parteien in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts am besten in der Form konzentrischer Kreise mit einem einzigen gemeinsamen Mittelpunkt vorstellen. Nach Modell II, das die Gegenwartssituation erklären soll, haben wir uns die Gesellschaft als eine Vielzahl sich überschneidender Kreise vorzustellen, denen der gemeinsame Mittelpunkt fehlt.

Schwindendes Einflusspotential

Die Parteien sind in einer Zeit entstanden, da sie sozial und ideologisch kaum Konkurrenten hatten, also in einer Gesellschaft, die sich mit konzen-

trischen Kreisen vergleichen lässt. Die Parteien geniessen damals gleichsam den Vorzug ihres Erstgeburtsrechts. Sie sehen sich dazu bestimmt, das Brachfeld der noch nicht formierten demokratischen Gesellschaft zu organisieren. Sie bilden den innersten Kreis der Gesellschaft, der zugleich das Einflusszentrum darstellt. Aber nun vereinigen sie unter ihrem Dach auch gesellige, bildungsmässige, kirchliche und berufliche Vereine. Sie alle ordnen sich mit ihren Interessen und Ideen den Parteien unter oder laufen mit ihnen parallel. In unserem Modell I ist die Welt dieser Vereine in den äusseren Kreisen symbolisiert. Das Wesentliche an dieser Gesellschaftsordnung scheint mir darin zu liegen, dass man durch die Vermittlung der Parteien auch von den Randzonen aus bis ins Einflusszentrum hineinstossen kann. Dieser Tatbestand wird mit den Pfeilen sinnbildlich ausgedrückt. Es genügt also, Mitglied eines peripheren Vereins zu sein, um die Überzeugung zu hegen, man könne trotz einer Aussenseiterposition auch am Geschehen im Mittelpunkt Anteil nehmen. Daraus folgt, wenn wir an die soeben gegebene Definition von Einfluss zurückdenken, dass der einzelne Bürger zur Ansicht gelangen kann, gerade auf *ihn* komme es in den grossen Entscheidungen an. Er fühlt sich von klar unterscheidbaren Einflussströmen getragen, zum Beispiel von solchen weltanschaulicher oder klassenmässiger Art. Konkret ausgedrückt: er glaubt annehmen zu dürfen, wenn er zum Beispiel in einem kirchlich oder kulturell liberalen Verein an der Peripherie wirke, dann werde sein Einfluss mit demjenigen von unzähligen Gleichdenkenden die gute Sache des Freisinns zum Sieg führen. Oder er lebt des Glaubens, dass er durch seine Mitwirkung in einer Gewerkschaft oder in einem Arbeiterturnverein der siegreich vorstossenden Klassenpartei eines Tages zur Mehrheit verhelfe.

Die Teilhaberschaft in gleichgültig welchem kleinen Verein ist mithin die Grundlage für seine Hoffnung, selbst als einzelner vermöge er an die fortschrittliche Entwicklung der Nation einen unentbehrlichen Beitrag zu leisten. Aus diesem Grunde ist es damals für das Gesamtbild des politischen Lebens nicht so entscheidend wie heute, ob der Bürger regelmässig oder nur gelegentlich am politischen Geschehen, an Wahlen oder Abstimmungen teilnimmt. So ist zum Beispiel die Wahlbeteiligung vor der Einführung des Proporzsystems im Bunde (1919) durchschnittlich geringer als heute, weil die Opposition in den Wahlen oft nicht zum Zuge kommen kann und sich darum ihrer Stimme enthält. Doch Referendum und Volksbegehren sind als politische Kampfmittel geeignet, beim Souverän den Glauben an die Verhinderungs- oder Veränderungsmöglichkeit aufrechtzuerhalten und so auch beim oppositionellen Bürger die Überzeugung vom sinnvollen Einsatz seines Einflusspotentials zu wecken. Damit aber fühlt auch er sich integriert, wenn auch bloss mit negativem Vorzeichen. Doch auch die Negation kann eine wirksame Form der Integration sein.

Im Modell II wird die Situation des Bürgers in der heutigen Politik illu-

striert. Der einzelne steht gleichzeitig in vielen, sehr verschiedenartigen gesellschaftlichen Bezügen, doch so, dass er davon immer nur partiell erfasst wird, handle es sich nun um die Kirche, um gesellige Vereine, um Freizeitklubs, um Verbände, um Parteien, um berufliche oder um wissenschaftliche Vereinigungen. Jede Bezugsgruppe hat verschiedene Normen. Sie berühren einander kaum oder überschneiden sich nur am Rande, wie Modell II deutlich machen will. Konflikte werden also nicht mehr in weltanschaulichen oder klassenmässigen Formationen gesamthaft ausgetragen und nicht mehr von allen in gleicher Weise empfunden. Vielmehr führen Konfliktsituationen zu immer neuer und andersartiger Frontbildung, weil allfällige Auseinandersetzungen bald von diesen, bald von jenen Bezugsgruppen bestritten werden müssen. Der einzelne steht mithin in einem kaum mehr überblickbaren Beziehungsgeflecht, das ihm in Form von sich konkurrenzierenden Ansprüchen begegnet. Der faktische Einfluss mag heute für den Durchschnittsbürger vielleicht nicht viel geringer sein als früher. Aber sein Einflusspotential scheint ihm im Hinblick auf mögliche Änderungen oder Verhinderungen auf ganz wenige Zonen der Politik beschränkt. Die Parteien sind keine umfassenden Gehäuse mehr. Sie gleichen Nomaden, die ihre Zelte bald hier, bald dort aufschlagen. Denn sie müssen ihre verschiedenartigen Anhänger in je ihren eigenen Bezugskreisen aufsuchen. Bei den Wahlen sind die Konfliktfronten abgebaut, und bei den Abstimmungskämpfen vermeidet man nach Möglichkeit, solche aufzubauen, wenigstens soweit dies das fakultative Referendum betrifft.

Es ist nicht von ungefähr, dass der Landesring seine Erfolge zum Teil seiner geschickten Werbung verdankt, die beim Bürger den Eindruck wecken soll, allein in dieser Partei könne er sein Einflusspotential nutzbringend einsetzen. Sie ist auf den Tenor abgestimmt: Macht nicht die Faust im Sack! Stimmt dem Landesring! Schon am Montag (das heisst nach dem sonntäglichen Wahltag) werdet Ihr Missstände behoben haben!

Ausweichen vor Konfliktsituationen

Auf dem Gebiet der Abstimmungskämpfe lässt sich die Verstopfung der Einflusskanäle bei den Parteien ganz besonders auffallend nachweisen. Wenn hier vom Versagen der Parteien gesprochen wird, dann soll dieser Ausdruck nicht im Sinne des Verschuldens verstanden werden, sondern als Ausdruck der Situation, die wir in unserem Modell ausgedrückt haben. Das fakultative Referendum hat im Zeitalter der kanalisierten Opposition seinen ursprünglichen Sinn verloren: Es sind so viele Partner an den heute üblichen Kompromissgesetzen beteiligt, dass kaum einer von ihnen es wagt, das Spiel der Gesetzgebung durch ein Volksverdikt zu verderben. So wird das dem Refe-

rendum eigene Verhinderungspotential auf ein solches der Drohung und Erpressung reduziert. Das fakultative Referendum wird damit zur rein taktischen Waffe degradiert. Aber auch das obligatorische Referendum erscheint uns heute von ähnlichen Entartungsmöglichkeiten bedroht, wenn man es in neuralgischen Fragen wie etwa in der Gestaltung einer konjunkturgerechten Steuerpolitik ausschliesslich als Bremsmittel verwenden will.

Jedermann weiss, dass diese Lage ebensosehr durch die enormen Kosten bedingt ist, die heute ein Referendumsfeldzug gegen ein wirklich umstrittenes Gesetz erfordert. Doch sind die Millionen ja nur die Kehrseite der Medaille. Und ihre Vorderseite kennen wir bereits. Versuchte man in der Zeit des klassischen Referendums bei einer in der Regel vorgegebenen Konfliktsituation die Bürger zu überzeugen, so versucht man ihn in der diffusen Situation von heute zu überreden, und zwar durch das werbemässig betriebene Einhämmern von Slogans. Die Folge ist klar. Damit wird dem Bürger gerade die letzte Chance geraubt, dass er sich wie früher vor wirkliche Alternativentscheidungen gestellt sieht, und die er bitter nötig hätte, um sich seiner Einflussmöglichkeiten zu versichern.

Wenn ich in diesem Zusammenhang die Parteien von einer gewissen Schuld nicht freisprechen kann, dann vor allem in jenen Fällen, in denen Alternativen vorhanden wären, in denen sie aber der Konfliktsituation bewusst ausweichen. So hätten beispielsweise viele Studenten erwartet, dass die Parteien bei der Abstimmung über das ETH-Gesetz eine echte Diskussion über das nicht nur für sie zentrale Thema der Universitätsreform eingeleitet hätten. Statt dessen haben sie – vorwiegend aus reinem Opportunismus und Popularitätshascherei – die Ja-Parole ausgegeben. Eine ähnliche Gelegenheit hätte sich bei der Bodenrechtsfrage geboten. Die Parteien traten bei diesen Abstimmungen kaum mehr als Träger der Meinungs- und Willensbildung in Erscheinung, soweit sich ihre Beteiligung wenigstens in Plakaten, Inseraten usw. hätte manifestieren können. Dass die Stimmbeteiligung im Jahre 1969 gerade an zwei eidgenössischen Abstimmungen auf die bisher noch nie «erreichte» niedrige Anteilsziffer von rund 30% hinabsank, stellt den Parteien kein gutes Zeugnis aus.

* * *

Welche Schlüsse lassen sich aus der vorangehenden Analyse im Hinblick auf eine Funktionsaufwertung der Parteien ziehen? Von einer umfassenden Therapie kann nicht die Rede sein. Vorschläge, die auf eine sogenannte «Erneuerung an Haupt und Gliedern» hinzielen, haben in der Regel den Nachteil, dass sie kaum oder nur bruchstückweise zu verwirklichen sind. Ich beschränke mich deshalb darauf, einige Schlüsse in die Form von Anregungen zu kleiden und sie zur Diskussion zu stellen.

Überprüfung des Milizsystems in den Parteien

Der diffuse Charakter unseres sozialen Lebens, wie er im Modell II zum Ausdruck gebracht worden ist, wirkt sich auf die innere Struktur unserer Parteien nachteilig aus. Denn die Mitglieder des Parteikaders stehen, wenn man sie nach der zeitgenössischen soziologischen Sehweise als Rollenträger betrachtet, in ihrer Rolle als Parteileute in ständigem Wettbewerb mit den vielen andern Rollen, die sie in andern Bezugskreisen ausüben. Diese Rollen können sich ergänzen, so wenn ein Parteimann etwa zugleich auch Verbandsvertreter oder Journalist ist. Aber die Differenzen und Spannungen zwischen den Bezugskreisen, in denen der einzelne als Rollenträger agiert, vergrössern sich beispielsweise dann, wenn es um die Tätigkeit in einer staatlichen Verwaltung oder in einem wirtschaftlichen Grossbetrieb geht. Je unterschiedlicher die möglichen Positionen sind, um so unbefriedigender ist das Verhältnis zwischen den jeweilen ausgeübten Rollen. Der Direktor eines Konzerns, der keine Zeit hat, an führender Stelle in einer Partei tätig zu sein, der aber aus Sympathie Parteisoldat ist, muss die Diskrepanz zwischen seinem grossen Einflusspotential in der Wirtschaft und der Einflusslosigkeit in der Parteipolitik und mithin auch in der Politik besonders stark empfinden. Trotzdem stellt er sich der Partei zur Verfügung, aber mit halbem Herzen. Seine Parteimitgliedschaft in den hinteren Gliedern erscheint ihm eher als Opfer, das er seinem staatsbürgerlichen Pflichtgefühl bringt, denn als Gewinn.

Diese Erkenntnis sollte es nahelegen, das überlieferte und bisher noch kaum in Frage gestellte Partei-Milizsystem einmal gründlich zu überprüfen. Es ist unter äussern Umständen entstanden, die heute, wie wir in Modell I gezeigt haben, weitgehend verschwunden sind. Die Rollenkumulation, wie sie aus Modell II hervorgeht, führt zu einer chronischen Überlastung der Parteikader. Diese Notlage ist neulich sehr vernehmlich zum Ausdruck gebracht worden[1]. Um die allmählich immer unübersichtlicher werdenden Sachfragen auf lokaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene zu bewältigen, müssen sich die Parteiaktivisten in unzähligen Kommissionen, Gremien und Expertengruppen zur Verfügung stellen, woraus die für den Politiker schier untragbare Kumulierung der Lasten entsteht. Man vergegenwärtigt sich in der Schweiz oft zu wenig, dass ein föderalistischer Kleinstaat gesamthaft gesehen eine verhältnismässig umfangreichere Gesetzestätigkeit besitzt als ein Grossstaat, dass ihm aber zur Bewältigung dieser Aufgaben viel weniger Menschen zur Verfügung stehen als jenen. Lassen wir uns von den eben gewonnenen Einsichten leiten, dann müssten wir den Parteien raten, zur Bewältigung ihrer zahlreichen Verpflichtungen in Zukunft mehr und mehr Kräfte von aussen heranzuziehen, zum Beispiel Persönlichkeiten, die mit der von ihnen vertretenen Grundhaltung zwar einig gehen, sich aber weder durch eine «de facto»- noch «de jure»-Mitgliedschaft an sie binden möch-

ten. Wenn man solchen nicht-parteigebundenen Bürgern, die in verantwortlicher Stellung in Wirtschaft, Wissenschaft oder Verwaltung stehen, die Ehre erweist, in solchen Gremien mit ihrem Sachverstand zu dienen, so schafft man zusätzliche Möglichkeiten für sie, in einem bestimmten, wenn auch kleinen Rahmen einflussreich zu wirken. Man darf dann auch mit ihrem entsprechenden Einsatz rechnen! Die Gewinnung des «parteiunabhängigen» Sachverstandes sollte auch auf höherer Ebene möglich werden. Die Parteien sollten ihn, besonders bei gesteigerten Ansprüchen an einen von aussen beigezogenen Fachmann, in Form von bezahlten Gutachten in Anspruch nehmen können. Das wäre nur möglich bei staatlicher Subventionierung der Parteien.

Vermehrte Berücksichtigung der Persönlichkeit bei den Wahlen

Die Kandidatenaufstellung bei unsern Wahlen zeugt davon, wie stark man bisher die Rollenvielfalt quasi automatisch schon berücksichtigt hat. Unsere Kandidatenlisten reden diesbezüglich eine deutliche Sprache. Jede Partei versucht, möglichst das ganze Spektrum der heute sozial und ökonomisch so differenzierten Berufswelt auszuschöpfen. Vergleicht man aber die tatsächlich Gewählten mit den Kandidaten, so zeigt sich, dass die Rekrutierungsreservoire, aus denen diese stammen, vom Stimmvolk recht ungleichmässig ausgeschöpft werden. Bei den Nationalratswahlen vom Herbst 1967 sind zum Beispiel insgesamt 1263 Kandidaten aufgestellt worden. Vergleicht man die Anteile der Kandidaten und der Gewählten im Hinblick auf ihre sozioökonomische Herkunft miteinander, so ergibt sich folgendes Bild[2]: Bei den Selbständigen ist der Anteil der Kandidaten und Gewählten mit 36,5% und 37% fast gleich gross. Bei den Unselbständigen und den Vertretern sogenannter «politischer Berufe» (Magistraten, Partei- und Verbandsfunktionäre, Presseleute) ist das Anteilsverhältnis jedoch reziprok. Einem Anteil von 44,5% bei den «unselbständigen» Kandidaten entspricht ein Anteil von 19,5% bei den Gewählten. Einem Anteil von 19% bei den Kandidaten aus dem Kreise der «politischen Berufe» entspricht dagegen ein solcher von 43% bei den Gewählten!

Man wird freilich berücksichtigen müssen, dass nicht alle Parteien gleich viele Kandidaten aufstellen. Der Freisinn präsentiert zum Beispiel durchschnittlich 5,3 Kandidaten je Sitz, den er in den Wahlen gewonnen hat. Beim Landesring erhöht sich die Zahl auf 7,3 und bei der BGB sogar auf 8. Die Konservativen dagegen weisen nur einen Durchschnitt von 4,2 und die Sozialdemokraten gar nur einen von 3,8 auf. Diese Unterschiede wirken sich natürlich in einem gewissen Rahmen auf das obengenannte Verhältnis aus. Doch auch wenn man sie einkalkuliert, deutet das grosse Übergewicht, das

die Gewählten aus der Kategorie der «politischen Berufe», verglichen mit ihrem niedrigen Kandidatenanteil, besitzen, darauf hin, dass die Vertreter dieser Gruppe in den Wahlen über einen grossen Vorsprung verfügen. Denn ihre Berufstätigkeit macht sie im kantonalen Wahlkreis natürlicherweise sehr bekannt.

Dass der Wähler heute mehr und mehr die Persönlichkeit wählt, um den Parteizwang, der im Proporz wirkt, zu kompensieren, ist aus zahlreichen Indizien bekannt. Wir erinnern an den starken Rückgang der Kumulierung und an die Zunahme an Fremdstimmen, welche hervorragende Kandidaten von andern Parteilisten erhalten. Dieser Trend zur Persönlichkeitswahl, der sich bisher vornehmlich in der Bevorzugung von Vertretern «politischer Berufe» bemerkbar gemacht hat, liesse sich durch entsprechende wahltechnische Reformen sicher zu allgemeinerer Geltung bringen. Wären die Wahlen mehr persönlichkeitsorientiert als bisher, dann liesse sich die Verantwortlichkeit der Gewählten gegenüber den Wählern entsprechend fixieren, ganz ähnlich wie dies in Grossbritannien der Fall ist, wo nach Majorz in Einerwahlkreisen gewählt wird. Das Parlamentsmitglied steht dort in dauerndem Kontakt mit «seinen» Wählern. Das verstärkt bei diesen die Überzeugung, sie könnten gerade durch ihr besonderes Member of Parliament auf die Politik des Landes Einfluss ausüben. Die Konsequenzen, die sich für eine allfällige schweizerische Wahlreform ergäben, kann ich nur andeuten. Ich sehe sie in einer Kombination von Verhältnis- und Persönlichkeitswahl. Doch müsste gleichzeitig dafür gesorgt werden, dass bei kleineren Wahlkreisen den kleinen Parteien nicht sämtliche Stimmen verloren gingen, sondern dass man deren Reststimmen in einem grösseren Rahmen aufaddieren könnte.

Die Nachwuchsfrage

Jede Partei wird vernünftigerweise danach streben, einen Bruch mit der Jugend zu vermeiden. Ob und vor allem auf welche Weise und mit welchen Mitteln es den Parteien gelingen wird, dieser Gefahr zu entgehen, ist eine der Kardinalfragen der heutigen Politik. Wie plötzlich die Parteien sich ihres Nachwuchses beraubt sehen können, zeigt etwa der Erfolg der holländischen Partei «D 66» Hans van Mierlos anlässlich der letzten Wahlen. Mierlo hat aber nicht frühere Anhänger der historischen Parteien, sondern auch solche der Protestorganisationen (Provos, APO) in seine Reihen einzugliedern vermocht. Da die historischen Parteien noch weitere Erfolge Mierlos befürchten, haben sie sich bemüht, den «Jungen» Gelegenheit zu geben, ihren Radikalismus in den parteieigenen Reihen zum Ausdruck zu bringen.

In der Schweiz scheinen die Chancen der historischen Parteien, sich die Jugend in irgend einer Form zu erhalten, nicht aussichtslos zu sein. Alfred

Häsler teilt als Resultat einer Umfrage bei den Jungen in seinem Werk «Der Aufstand der Söhne» mit, dass die Hälfte der hundert von ihm befragten Jugendlichen die Parteien als notwendig, wenn auch gleichzeitig als reformbedürftig betrachten. Nur 12% lehnen sie als überflüssig ab; 27% bezeichnen sie als verkalkt. Auch wenn man zu der Repräsentativität solcher Aussagen bei nur hundert Befragten ein Fragezeichen setzen muss, so scheinen sie doch beachtenswert und aufmunternd.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, die Hintergründe der jugendlichen Unrast im Rahmen dieses kurzen Aufsatzes restlos aufzudecken. Aber so weit sie im Zusammenhang mit der Politik steht, kann sie vielleicht auf ähnliche Ursachen zurückgeführt werden wie die Abstinenz vieler Erwachsenen: auf die für junge Menschen zutiefst deprimierende Einsicht in die Einfluss- und Einwirkungslosigkeit ihres jugendlichen Enthusiasmus. Die Jugend erlebt es besonders drastisch, dass ihre theoretischen Einsichten in die Mängel der gegebenen Ordnung meilenweit von der praktischen Verwirklichung entfernt zu sein scheinen. In diesem Mangelgefühl liegt eine der wichtigsten Wurzeln, aus denen die Doktrin der radikalen Linken entsprossen ist. Ihre Vertreter erfahren den Gegensatz von Theorie und Praxis in der Erwachsenenwelt besonders tief und wollen die Theorie mit Gewalt in die Praxis umsetzen.

Ein kleines Indiz für die Veränderungen des jugendlichen Bewusstseins spiegelt sich im Wandel der jugendlichen Idole wider. Entsprechende Untersuchungen anhand amerikanischer «Popular Magazines» haben ergeben, dass sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch über 50% der Jugendlichen mit politischen Führergestalten identifiziert haben. Kurz nach der Jahrhundertmitte beherrschen Filmhelden und Schlagersänger das Feld. Heute sind es Revolutionäre der «Dritten Welt», hauptsächlich Che Guevara. Die Linie führt also von der politischen Anteilnahme über politische Gleichgültigkeit zu politischem Engagement für revolutionäre Führer. Die engagierte Jugend identifiziert sich deshalb mit diesen, weil sie glaubt, nur ihnen sei es beschieden, die Welt wirklich zu verändern. Aus diesem Glauben erwächst das strikte Nein zur bestehenden Ordnung, die sich nach ihrer Meinung als unbeeinflussbar und unveränderbar erweist. Es ist eine recht bezeichnende historische Einzelheit, dass der Beginn der studentischen Revolte in den USA fast genau mit der Ermordung des Präsidenten Kennedy zusammenfällt. Dieser hatte das jugendliche Erwartungspotential wie ein Magnet angezogen. In das Vakuum strömten nun fremdartige Idole ein.

Die Unsicherheit, die sich aus dem Gefühl der Einflusslosigkeit ergibt, schlägt also bei der Jugend in das Gegenteil um: in die feste Überzeugung, dass Reformen fruchtlos seien, und dass allein die Revolution zum Ziele führe, Theorie und Praxis miteinander in Übereinklang zu bringen. Das bestehende System wird folglich vorwiegend deshalb in Frage gestellt, damit

es geändert werden kann. Einer der geistigen Führer der «Neuen Linken», Jürgen Habermas, hat diesen Befund folgendermassen formuliert: «Historisch überfällige Herrschaftsverhältnisse sind nur durch Gewalt aufzulösen.» Man beruft sich dabei auf die zu neuem Leben erweckte revolutionäre Theorie von Karl Marx.

Doch gerade deshalb, weil heute in unserem hochentwickelten Industriesystem Revolutionen so schwer zu entfachen sind, reduziert sich die Aktivität der Jungen auf die im revolutionären Kampf der «Dritten Welt» bewährten Guerillamethoden. Sie schliesst sich in einem «*Klub der Unbedingten*» im Stile der Jakobiner oder Anarchisten zusammen. Um die stets gefährdete innere Einheit zu wahren, erschöpft sich ihre Tätigkeit zu einem grossen Teil in Selbstbestätigung. Sie verlangt zwar stets das Gespräch. Doch will sie, wenn es ihnen angeboten wird, keines führen. Das Urbild einer derartigen Gruppe findet sich ebensogut bei der «Neuen Linken» wie bei den «Béliers» im Separatismus. Béguelins Bewegung ist ein Testfall dafür, dass das jugendliche politische Potential den Parteien gleichsam über Nacht entzogen und damit die Blutzufuhr unterbunden wird. Ein anderes Beispiel dafür, wie sich aus solchen Ansätzen eine politische Massenbewegung bilden kann, welche die Parteien geradezu auszumanövrieren droht, ist die Moratoriumsbewegung in den USA.

Das Phänomen ist so jung, dass wir es vorerst nur analysieren können und noch Schwierigkeiten haben, die richtigen praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen. Es ist immerhin schon ein erster wichtiger Schritt auf dem Wege der Problemlösung, wenn die Parteien erkennen, was die Jungen, die politisieren wollen, vom Beitritt zu ihnen abhält. Sie sollten mindestens deren neues Weltbild so gut kennen lernen, dass sie sich imstande sehen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Nebenbei gesagt: gehörte zu dieser geistigen Vorbereitung nicht auch, dass die Parteien sich selbst einmal Rechenschaft darüber ablegen, ob die traditionelle Gewinnung und Bindung ihrer Mitglieder und die Auslese des Führungspersonals noch richtig funktionieren? Sie hätten alles Interesse daran zu wissen, aus welchen Motiven jemand einer politischen Partei beitritt und wieso er eine politische Laufbahn ergreift. Ist es nicht ein arges «Selbst-Missverständnis», wenn sie diese ganze Sphäre mit einem Tabu belegen und jeder wissenschaftlichen Abklärung entziehen?

Die Kontaktaufnahme mit der ungebärdigen Jugend wird für die Parteien zunächst eine zusätzliche Belastung bedeuten. Denn sie werden sich an dieselben radikalen Töne gewöhnen müssen, die man an der Universität nun auch bei den Studenten in Kauf nehmen muss. Sie mögen also das Bewegungspotential der opponierenden Jugend zur Konfrontation benützen, froh darüber, dass die Periode der apathischen jugendlichen Gleichgültigkeit am Abflauen ist, und dessen eingedenk, dass die Zurückweisung die Jugendlichen in eine verhängnisvolle Isolierung treibt.

Welche Konsequenzen haben die Parteien aus dieser Sachlage zu ziehen? Sie können und müssen sich durch die Art und Weise, wie das für uns Selbstverständliche in Frage gestellt wird, anregen lassen, ja verpflichtet fühlen, altgewohnten Vorstellungen, mit denen wir oft kritiklos dahinleben, selbst kritisch zu prüfen. Einige Beispiele: Wie verhalten sich Idee und Gewohnheit zur Wirklichkeit etwa dort, wo wir von freier Wirtschaft, von autonomer Persönlichkeit, von politischer Unabhängigkeit, von Eigentumsgarantie, von sozialer Sicherheit, von demokratischer Willensbildung usw. reden? Könnte man die Jugendlichen nicht heranziehen, um sie beispielsweise eine kritische Bilanz über die Parteitätigkeit in der vergangenen Legislaturperiode herstellen zu lassen? Wäre es nicht möglich, dem meist langweiligen parteioffiziellen Jahresbericht einen kritischen Gegenbericht aus jugendlicher Sicht gegenüberzustellen zu lassen? Er könnte zum Beispiel unter dem Motto stehen: Was hat unsere Partei bei den letzten Wahlen versprochen, was hat sie gehalten, und warum hat sie dieses und jenes heisse Eisen überhaupt aus der Programmatik ausgeklammert? Anders ausgedrückt: die Parteien können sich nur dann behaupten, wenn sie die besondere Schwäche traditioneller demokratischer Systeme überwinden, nämlich den Mangel an Vorstellungen darüber, wie das Bestehende schöpferisch verändert werden kann. Sie müssten also das Innovationspotential der Jungen ebenso in den Dienst nehmen wie das Sachverstandspotential der Experten.

Es gehört zum Schwierigsten, in der jeweiligen Gegenwart zu entscheiden, welche historische Tragweite neue Bewegungen oder Strömungen besitzen. Ist die jugendliche Revolte eine blosse Modeerscheinung? Kündet sich in ihr ein historischer Umbruch an? Das können wir nicht wissen. Das einzige, was wir sicher feststellen können, scheint mir das folgende: Es gibt sachliche Gründe für das neue, überraschend grosse Selbstbewusstsein der Jugend. Sie hat nicht nur als Konsument (Jugendmarkt!), sondern auch als Produktionsfaktor (Gewicht von Bildung und Intelligenz in der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft) eine für sie noch ungewohnte und darum missbräuchlicher Verwendung leicht zugängliche Schlüsselstellung erhalten. Da nun aber selbst umwälzende Neuentdeckungen in der Forschung das tradierte Grundlagenwissen nicht einfach ausser Kurs setzen, und da sich beides gegenseitig befruchtet, so müssen sich auch in der Politik Innovations- und Erfahrungspotential gegenseitig ergänzen. In dieser Beziehung sind die Probleme der Universität und der Parteien die gleichen. Beider Gedeihen hängt davon ab, ob die zwei Potentiale sinnvoll miteinander koordiniert werden können.

Überarbeitetes und gekürztes Referat, das am 15. November 1969 an der Rheinfelder Tagung der Aargauer Freisinnigen gehalten worden ist.

[1] «Ist der Dienst am Staate ‹unmodern› geworden?» Neue Zürcher Zeitung, Nr. 13, 9. Januar 1970. Der Verfasser dieses Artikels befasst sich mit dem «Stöhnen,

das durch die zürcherischen Parteien bei der Besetzung von etwa 4000 Gemeindeämtern geht». Seine Lösungen gehen zwar in einer etwas anderen Richtung als die meinigen, liessen sich aber gut miteinander koordinieren. Der Autor glaubt, dass die Arbeitgeber für den politischen Dienst am Staat dem hiezu befähigten und berufenen Bürger in genau gleicher Weise Zeit zur Verfügung stellen sollten, wie sie dies anlässlich des Militärdienstes schon lange täten. – [2] Ich verdanke die folgenden Angaben einer Seminararbeit von Herrn cand. rer. pol. Martin Daetwyler in Oftringen.

«Der Krieg als ein Instrument der Politik»

Betrachtungen über einen Satz Clausewitz' und seine Bedeutung heute

MICHAEL HOWARD

Mindestens zweimal taucht in Karl Maria von Clausewitz' nachgelassenem Werk «Vom Kriege» jene berühmte und häufig missverstandene Wendung vom «Krieg als einem Instrument der Politik» auf. Bereits im 1. Kapitel des 1. Buches stösst der Leser auf eine entsprechende Stelle. Dort heisst es im 24. Abschnitt, «dass der Krieg nicht bloss ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln». Der Verfasser entwickelt den Gedanken in mehreren Abschnitten weiter, und der Ausdruck kehrt, einem musikalischen Motiv vergleichbar, in verschiedenen Spielarten und Kombinationen wieder. Später lässt ihn Clausewitz vorübergehend fallen und befasst sich ausführlich mit den verschiedenen Erscheinungsformen, Erfordernissen und technischen Fragen des Krieges. Aber im 8. Buch, dem letzten des gesamten Werkes, das wieder dem Krieg als ganzem gilt, steht der ganze Abschnitt B des 6. Kapitels unter dem Titel «Der Krieg ist ein Instrument der Politik». Darin wiederholt der Verfasser die eingangs zitierte Äusserung mit allem Nachdruck: «Wir behaupten..., der Krieg ist nichts anderes als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel.» Wir können mit Recht festhalten, dass es sich hier um das Hauptthema des gesamten Werkes handelt, um die Lehre, an welcher Clause-